



Berlin, 11. Januar 2013

Witthaut fordert spezielle Polizei-Ausbildung für den Umgang mit Senioren als Täter und Opfer

Berlin. Die Polizei muss vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland besser auf den Umgang mit älteren Menschen bei der Kriminalitätsbekämpfung vorbereitet sein. Nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben es Polizeibeamtinnen und -beamte bei Straftaten immer öfter mit Senioren zu tun. „Dabei werden über 60-Jährige sowohl als Opfer beispielsweise krimineller Betrüger vernommen oder nach einer Straftat als Tatverdächtige“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut.

„Diese Täter oder Opfer erscheinen nach Straftaten oft äußerst hilflos oder emotional stark angegriffen. Die Betroffenen müssen in diesen Ausnahmesituationen möglichst aufgefangen werden, auch um Hinweise für die Ermittlungen zu bekommen“, sagte Witthaut. Er gab zu bedenken, dass es in dieser Tätergruppe auch eine durch Altersprozesse entstehende Schuldunfähigkeit geben könne.

Der GdP-Chef weiter: „Wir fordern deshalb wie für den Umgang mit jungen Leuten eine spezielle Ausbildung der Kolleginnen und Kollegen, damit sie dieses Phänomen ebenfalls professionell bearbeiten können.“

Im Jahr 2011 wurden der jährlichen Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) zufolge bundesweit rund 152.500 tatverdächtige Männer und Frauen ab 60 Jahre registriert, in der 1993 erschienenen ersten gesamtdeutschen Kriminalstatistik nach dem Mauerfall waren es 103.000. „Das ist eine Steigerung von fast 50 Prozent“, betonte der Gewerkschaftsvorsitzende. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtzahl der jährlich ermittelten mehr als zwei Millionen Tatverdächtigen sei in den knapp zwei Jahrzehnten von 5,0 auf 7,2 Prozent gestiegen, erklärte Witthaut. Gut zwei Drittel der Taten würden von Männern begangen.

Immer mehr Menschen ab 60 Jahre werden Witthaut zufolge auch als Opfer von Straftaten gemeldet. Laut BKA lag deren Zahl im Jahr 2002 noch bei rund 43.400, 2011 waren es fast 53.200.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressestelle:

Rüdiger Holecek – Mobil: 01 72 – 7 12 15 99

Bundesgeschäftsstelle_Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0) - 113/114/116/117

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190